Transparenz im NSA-Skandal: Jeder Bürger hat ein Recht auf einen Datenbrief

Transparenz im NSA-Skandal: Jeder Bürger hat ein Recht auf einen Datenbrief

Zur Andeutung des NSA-Chefs Keith Alexander, Kommunikationsdaten aus Deutschland flössen ebenfalls mit dem Wissen und der Hilfe deutscher Dienste der NSA zu, erklärt Katharina Nocun, Politische Geschäftsführerin der Piratenpartei Deutschland:
Wenn sich der von Keith Alexander geäußerte Vorwurf bestätigen sollte, ist das der Nachweis dafür, dass sich auch die deutsche Regierung ein Lügengebäude um ihre Geheimdienste errichtet hat, das endlich zusammenzustürzen droht. Die hier zutage tretende Doppelmoral muss beendet werden, damit der Weg frei wird für eine internationale Abrüstung der Überwachung.
Doch während Angela Merkel weiß, dass ihr Handy von Geheimdiensten überwacht wurde, müssen 80 Millionen Menschen in Deutschland weiter mit der Ungewissheit leben, ob Geheimdienste auch bei ihnen vertrauliche Kommunikationsdaten abgefangen haben.
Umfassende Transparenz und eine vollständige Aufarbeitung der zurückliegenden Bürgerüberwachung muss Teil eines No-Spy-Abkommens sein. Ein erster wichtiger Schritt wäre ein Datenbrief an alle Bürger, die von der illegalen Überwachung durch deutsche und ausländische Geheimdienste betroffen waren. Dieser muss alle durch Geheimdienste erhobenen Daten zur eigenen Person beinhalten. Nur so können Betroffene von der Ungewissheit befreit werden, selbst Ziel von Ausspähung gewesen zu sein. Insbesondere bei der Handyüberwachung und dem Abgreifen von Mails sollte es kein Problem sein, die Betroffenen ausfindig zu machen, schließlich liegen die Kontaktinformationen den Geheimdiensten vor.
Über den NSA-Skandal hinaus sollte ein solcher Datenbrief nicht nur für Unternehmen, sondern auch für deutsche Geheimdienste und die Polizei verpflichtend sein. So sollte auch die Polizei in Zukunft betroffene Bürger innerhalb einer festen Frist über verdeckte Maßnahmen informieren müssen. Erst im August hat eine Anfrage der Piratenfraktion Schleswig-Holstein ergeben, dass seit 2009 in Schleswig-Holstein in 850 Funkzellenabfragen mindestens sieben Millionen Mal Standort- und Kommunikationsdaten erfasst wurden. Viele der Datensätze werden mehrere Jahre gespeichert, ohne das die Betroffenen informiert werden.
Um gegen die Abhörpraxis des US-Geheimdienstes zu protestieren, hat die Piratenpartei Bayern angekündigt, während des Besuchs des US-Botschafters John B. Emerson am 8. November 2013 in Regensburg nackt zu demonstrieren.
Quellen:
[1] http://www.welt.de/politik/ausland/article121353510/Im-Hinterzimmer-platzen-NSA-Chef-zwei-Worte-heraus.html
[2] https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Informationelle_Selbstbestimmung_st.C3.A4rken.2C_Medienkompetenz_f.C3.B6rdern
[3] http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/das-handy-als-fussfessel
[4] http://www.br.de/nachrichten/oberpfalz/nsa-skandal-us-botschafter-regensburg-100.html

Piratenpartei Deutschland
Pflugstraße 9a
10115 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 30 27572040
Telefax: +49 30 609897-517
Mail: presse@piratenpartei.de
URL: http://www.piratenpartei.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=548899" width="1" height="1">

Pressekontakt

Piratenpartei Deutschland

10115 Berlin

piratenpartei.de
presse@piratenpartei.de

Firmenkontakt

Piratenpartei Deutschland

10115 Berlin

piratenpartei.de
presse@piratenpartei.de

Die Piratenparteien sind eine Bewegung mit internationalem Hintergrund. Mit den Piratenparteien Europas haben wir gemeinsam für die Wahl des Europaparlaments 2009 kandidiert und werden dies auch in Zukunft tun. Doch Piraten gibt es quer über den Globus verstreut. Uns eint ein neues Verständnis von der Rolle des kreativen Schöpfungsprozesses, technologischer wie kultureller Errungenschaften und deren Nutzung, sowie die Ablehnung der sich abzeichnenden Überwachungsgesellschaft. Wir verstehen uns als Bürgerrechtspartei der Informationsgesellschaft.